

Finma-Kontrollverlust

«Wenn alles verloren ist, gibt es immer einen Anwalt, den man anrufen kann», schreibt Nicola Lagioia in seinem Roman «Die Stadt der Lebenden». Es gibt viele Momente, da nützt kein Anwalt mehr. Dann nämlich, wenn das «public shaming» greift und der Ruf ruiniert ist. Davon kann etwa Woody Allen ein Lied singen. Sein Ton – er kommt in seiner Autobiografie deutlich zum Vorschein – wird gar nicht gehört. Die Finanzmarktaufsicht Finma hat im Fall CS kein gutes Bild abgegeben und kämpft um Ruf und Akzeptanz; zu den Entwicklungshelfern des Versagens zählen viele Parlamentarier, von denen einige jetzt in der PUK sitzen, welche der Sache nachgehen soll. Viele Politiker und Lobbyisten wollten gezielt eine schwache Finma und haben sie bekommen. Also ist es gut, die Erwartungen an diesen Bericht tief zu halten – es geht konkret auch um Macht und Deutungshoheit verbunden mit Rechtfertigungsdruck für parlamentarisches Versagen.

Nun will die Finma mehr Kompetenzen – dabei hat sie eigentlich schon viele, die sie nur nicht nutzte. Dass sie Streitbar, mutig und beharrlich sein möchte, liegt auf der Hand. Und dass sie gerne mehr Namen von Banken und Personen nennen möchte, mag nachvollziehbar sein. Auch dass sie Bussenkompetenzen verlangt: Okay, das ist aber ohnehin etwas, was erst greift, wenn «es» schon passiert ist. Dass die Bussenkompetenz besonders abschreckend wirken würde, glaube ich nicht – ausser, sie ist verbunden mit der Namensnennung der sanktionierten Person.

Hauptpunkt meiner Kritik ist, dass die Finma das Mittel der «Gewährsanforderung» (Bevilligungsvoraussetzung: Die mit der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank betrauten Personen müssen einen guten Ruf geniessen und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten) nicht genutzt hat und die Möglichkeit, konsequent darauf gestützte Wertungen, Empfehlungen und Urteile zu formulieren. Ihre Vorgängerbehörde, die EBK, hat das ab zirka 2001 bei einzelnen Personen gemacht. Sie ging gegen Gewährsträger vor (Fall «Montesinos», Entfernung des Bankleiters). In der diesbezüglichen Verfügung schrieb sie (was sie in anderen Verfügungen x-mal wiederholt hat) hinsichtlich der Organisationspflichten:

«Zu einer angemessenen Organisation gehört unter anderem ein gut ausgebautes Weisungswesen mit klaren Aufgaben-, Kompetenz- und Verhaltensregeln. Die Bank hat dafür zu sorgen, dass die von ihr erlassenen Weisungen und Richtlinien umgesetzt und befolgt werden.» Sie hielt weiter fest, dass der Generaldirektor der Bank dafür verantwortlich war, eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Organisation aufzubauen und aufrechtzuerhalten, die den ordnungsgemässen Ablauf des Bankgeschäfts sicherstellte. Diese zentrale Pflicht habe er nicht erfüllt.

Die unzähligen Skandale bei der CS legen genau davon Zeugnis ab. Und alle von der Hierarchie her Verantwortlichen blieben auf ihren Sesseln sitzen. Niemandem hat die Finma gesagt, er müsse gehen. 2008 hat die EBK das gegenüber Marcel Ospel in einem Gespräch gemacht. Die Finma hätte längst in der gleichen Art bei der CS intervenieren müssen. Die Behörde hat sich unverständlicherweise von den Instrumenten, welche die Gewährsnorm bietet, verabschiedet und sie nicht genutzt. Das konnten die Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder der CS in ihrem Verhalten bereits «einpreisen» – dank jahrelanger Erfahrung.

Der Ruf der Finma nach dem Senior-Management-System ist in Verbindung mit der Bussenkompetenz zu sehen. Im Lichte dessen, dass die Aufsicht bezüglich der Organisation und der klaren Regelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten schon vor Jahrzehnten klare Erwartungen geäussert hat, wundere ich mich, dass sie erst jetzt danach verlangt. In Grossbritannien hat dieses Regime für Banken bereits seit März 2016 Geltung. Die Debatte dazu hatte 2012 begonnen. Und unsere Parlamentarier wollen tatsächlich den PUK-Bericht abwarten. Und dann?



Monika Roth

Hinweis

Monika Roth ist Professorin und selbstständige Rechtsanwältin.